



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebhammer, Florian von Brunn, Volkmар Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayer, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Öl- und Gaspreisexplosion: Monopole bekämpfen, Übergewinne abschöpfen und faire Verbraucherpreise sichern!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass

- das Bundeskartellamt unverzüglich und schnell prüft, ob die enormen Preissteigerungen bei Kraftstoffen, Mineralöl und Gas infolge des Irankrieges und der Blockade der Straße von Hormus in einem verhältnismäßigen Zusammenhang mit den tatsächlichen Beschaffungskosten stehen oder ob große Mineralölkonzerne die Krisensituation zur gierigen Profitmaximierung auf Kosten der Verbraucher missbrauchen,
- falls sich die öffentliche Kritik am Preissetzungsverhalten der Mineralölkonzerne bestätigt, sich dafür einzusetzen, dass
 - zügig eine Übergewinnsteuer auf die übermäßigen Gewinne der Mineralölkonzerne eingeführt wird und die daraus erzielten Einnahmen vollständig für soziale Ausgleichsmaßnahmen verwendet werden, insbesondere zur direkten Entlastung von besonders betroffenen Haushalten bei Heiz- und Tankkosten,
 - kartellrechtliche Maßnahmen zur Begrenzung von Marktmacht und zur Sicherung eines funktionierenden Wettbewerbs auf den Energie- und Kraftstoffmärkten ermöglicht und eingeleitet werden,

Weiter wird die Staatsregierung dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass hierbei keine Maßnahmen ergriffen werden, die den Klimaschutz und das Erreichen der Klimaziele gefährden, sondern dass die Energie- und Verkehrswende deutlich beschleunigt wird.

Begründung:

Nach der Blockade der Straße von Hormus aufgrund des neuen Krieges im Iran und im Nahen Osten sind die Energiepreise in Deutschland schnell dramatisch gestiegen: Der Erdgaspreis kletterte innerhalb weniger Tage um über 50 Prozent, der Ölpreis um knapp 10 Prozent; Super E10 und Diesel kosten bundesweit im Schnitt erstmals seit 2022 wieder mehr als zwei Euro je Liter.

Während auf Bundesebene bereits über die Einschaltung des Bundeskartellamts nachgedacht und ausdrücklich vor Abzocke durch die Mineralöl-Großkonzerne gewarnt wird, stellen andere fragwürdige Forderungen auf. Allen voran ist es Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger, der – wie die AfD – einer

Aussetzung der (europäischen) CO₂-Bepreisung das Wort redet und sogar die Kaufprämie für Elektroautos abschaffen will. Dabei beklagen sogar Vertreter der Tankstellen die Preissetzungspolitik der Mineralölkonzerne. Statt also die eigentliche Ursache ungerechtfertigter Profitmaximierung auf Verbraucherkosten zu bekämpfen, sollen klimapolitische Errungenschaften und sinnvolle Förderungen gecancelt werden. Gerade diese Maßnahmen tragen aber dazu bei, Konzern-Preistreiberei und externe Schocks aufgrund fossiler Abhängigkeit in Zukunft zu erschweren oder zu verhindern.

Die Forderungen des Staatsministers gefährden zudem die Zukunft der deutschen und bayerischen Automobilindustrie im globalen Wettbewerb, insbesondere mit China. Der weltweite Erfolg chinesischer E-Autos zeigt, dass es sich weder Deutschland noch der Freistaat leisten können, eine solche rückwärts gerichtete Politik zu betreiben, wie sie sonst nur noch von der AfD gefordert wird.